



Flagge VK und Flagge EU mit entgegengesetzten Richtungspfeilen | © Getty Images/Prasit photo

31.05.2018

## Der Brexit und seine Folgen

### Neues Absatzpotenzial auf europäischen Zielmärkten

Das Vereinigte Königreich lieferte 2017 rund 189 Milliarden Euro an Waren in die Europäische Union (EU). Unabhängig davon, welche Handelsregeln nach dem Brexit gelten werden, dürften britische Lieferanten Marktanteile in den EU-Ländern verlieren. Dadurch eröffnen sich Chancen für andere Anbieter.

Lesen Sie hier, welche Auswirkungen in den einzelnen Ländern und Branchen zu erwarten sind und welche Rolle britische Lieferungen dort spielen.

### Gesamtwirtschaftliche Folgen in ausgewählten europäischen Ländern

Unsere Korrespondenten haben untersucht, wie sich der Brexit auf Konjunktur, Handel und Direktinvestitionen in 13 europäischen Ländern auswirken könnte:

#### **Frankreich: Folgen des Brexits überschaubar**

Frankreich befindet sich wie Deutschland in einer Gruppe europäischer Länder, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen eines harten Brexits betroffen wären. Die Effekte sind aber nach Einschätzung von Experten ge-

ringer als in noch enger mit der britischen Wirtschaft verzahnten Ländern wie Irland, den Niederlanden oder Belgien. Prognosen rechnen durch den Brexit bis 2021 mit einem Rückgang des französischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von jährlich 0,3 Prozentpunkten....[weiterlesen](#) ▶

#### **Niederlande: Brexit könnte Wirtschaft hart treffen**

Die Niederlande werden den Brexit wahrscheinlich überdurchschnittlich stark spüren, da sie in Außenhandel und Investitionen besonders eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden sind. Neue Handelsbarrieren werden wohl deutlich auf die örtliche Konjunktur durchschlagen. Der Logistikhub Rotterdam muss im Warenverkehr mit der Insel einen erheblichen bürokratischen Zusatzaufwand befürchten. Amsterdam bemüht sich derweil um übersiedlungswillige Fintechs. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Irland: Brexit beeinträchtigt Unternehmen in vielerlei Hinsicht**

Für Irland hat das Vereinigte Königreich als Wirtschaftspartner in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Diesen Trend wird der Brexit noch verstärken. Da die Verflechtung aber nach wie vor groß ist, stellt der britische EU-Austritt Irland vor große Herausforderungen. Gerade für kleinere Firmen und ländliche Gebiete ist das Vereinigte Königreich oft der wichtigste Auslandsmarkt. Zudem verlaufen Irlands Transitwege zu anderen EU-Märkten meist über Großbritannien. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Belgien: Vereinigtes Königreich ist wichtiger Handelspartner**

Belgien ist eine äußerst offene Volkswirtschaft und hat in der EU mit den engsten Austausch mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland. Daher kann sich der Brexit auf Belgien weit stärker als auf die meisten anderen Mitgliedstaaten auswirken. In den Jahren 2018 und 2019 soll Belgiens Wirtschaft aber weiter dynamisch wachsen. Ein starker Konjunkturmotor bleibt der Außenhandel. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Spanien: Unternehmen bereiten sich auf den Brexit vor**

Investitionen, Warenhandel, Tourismus: Gleich an mehreren neuralgischen Stellen ist Spanien mit dem Vereinigten Königreich eng verbunden und an einer möglichst undramatischen Scheidung interessiert. Zum Teil wirft der Brexit bereits seine Schatten voraus. Im Vergleich zum Vorjahr sind 2017 die spanischen Exporte auf die Insel gesunken. Zugleich sehen Unternehmen und Regierung auch Chancen durch die mögliche Anwerbung von Investoren und europäischen Institutionen. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Italien: Moderate Brexit-Risiken**

Italien gehört zu den europäischen Ländern, die von einem Brexit relativ wenig betroffen werden könnten. Das Vereinigte Königreich rangiert als Absatzmarkt auf Platz fünf, die Investitionen von dort sind überschaubar. Allerdings können auch minimale Auswirkungen der fragilen Erholung der italienischen Wirtschaft schaden. Zudem sind britische Touristen eine wichtige Einnahmequelle. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Polen: Rückgang der EU-Fördermittel wegen Brexit befürchtet**

Polens Wirtschaft wird vom Brexit voraussichtlich nicht aus ihrer Bahn geworfen. Dennoch drohen besonders durch den Wegfall des Vereinigten Königreichs in seiner Funktion als zweitgrößter EU-Beitragszahler Einbußen beim EU-Mittelzufluss. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Schweden: Der Brexit verheißt wenig Gutes**

Das Ergebnis des Brexit-Referendums verdarb den Schweden gehörig die Laune. Die überregionale Tageszeitung Dagens Nyheter sah darin einen „Mittsommernachtsalbtraum“ für die Regierung in Stockholm. Svenska Dagbladet verglich sie mit einem Erdbeben der Stärke neun auf der Richterskala. Das Vereinigte Königreich war einer der stärksten Verbündeten für Schweden in der Europäischen Union. Experten erwarten mehrheitlich negative Folgen für die schwedische Wirtschaft. ...[weiterlesen](#) ▶

#### **Schweiz: Wirtschaft kann mit dem Brexit leben**

Für die Schweiz ist der Brexit zwar keine konkrete Bedrohung, jedoch macht er eine Reihe von Anpassungen der

Rechtsgrundlagen nötig, da die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich auf den Schweizer Verträgen mit der EU basieren. Das Vereinigte Königreich ist bei Waren der sechstwichtigste und bei Dienstleistungen der drittwichtigste Handelspartner der Schweiz. [...weiterlesen ▶](#)

#### **Tschechien: Sorge um einen wichtigen Absatzmarkt**

Für Tschechien bedeutet der Brexit einige Unsicherheiten hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung. Das Vereinigte Königreich zählt zu den wichtigsten Handelspartnern und ist ein bedeutender Investor. Die Warenlieferungen auf die Insel entsprechen 3 bis 4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Besonders die Kfz-Industrie wäre von Handelsbeschränkungen betroffen. Als Nettoempfänger von Mitteln der Europäischen Union drohen Tschechien Einschnitte bei den Überweisungen aus Brüssel. [...weiterlesen ▶](#)

#### **Slowakei: Brexit bremst Wirtschaftswachstum**

Kein Land in Europa ist wirtschaftlich so eng mit der Europäischen Union verflochten wie die Slowakei. Über 80 Prozent des Außenhandels werden mit ihr abgewickelt. Wenn die drittgrößte Volkswirtschaft das Bündnis verlässt, bleibt das in Bratislava nicht ohne Folgen. Befürchtet werden geringere Zuwendungen aus EU-Strukturfonds und schwierigere Lieferbedingungen für die dominierende Autoindustrie. Relativ gering sind die Importe aus dem Vereinigten Königreich. [...weiterlesen ▶](#)

#### **Luxemburg: Brexit könnte vor allem Dienstleister beeinträchtigen**

Für Luxemburg ist das Vereinigte Königreich ein sehr viel wichtigerer Außenhandelspartner bei Dienstleistungen als bei Waren. Zudem sind britische Direktinvestoren mit einem hohen Kapitalbestand im Großherzogtum engagiert. Daher kann der geplante britische EU-Austritt nennenswerte Auswirkungen auf Luxemburg haben. [...weiterlesen ▶](#)

#### **Malta: Brexit wird Wirtschaftsboom nicht bremsen**

Die Wirtschaft der ehemaligen britischen Kolonie Malta ist immer noch eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden. Als Handelspartner rangiert Großbritannien zwar lediglich auf Platz sechs, doch der Austausch von Dienstleistungen ist von großer Bedeutung. Dies geht einerseits auf Direktinvestitionen aus dem Vereinigten Königreich im Bankensektor zurück. Andererseits spielen Tourismus und Gesundheitswesen eine wichtige Rolle für die Wirtschaft des kleinen Inselstaates. [...weiterlesen ▶](#)

## **Branchenauswirkungen in ausgewählten europäischen Ländern**

#### **Chemie: Briten liefern Waren im Wert von rund 36 Milliarden Euro in die EU**

Das Vereinigte Königreich lieferte 2017 rund 35,8 Milliarden Euro an chemischen Erzeugnissen in die Europäische Union, dazu rund 17 Milliarden an Erdölzeugnissen. Wichtigste Abnehmerländer waren - hinter Deutschland - die Niederlande, Frankreich, Irland, Belgien und Italien. Lesen Sie hier über Brexit-bedingte Absatzpotenziale in elf europäischen Ländern. [...weiterlesen ▶](#)

#### **Kfz und -Teile: Briten liefern Waren im Wert von rund 21 Milliarden Euro in die EU**

Das Vereinigte Königreich verbrachte 2017 rund 21 Milliarden Euro an Straßenfahrzeugen und dazugehörigen Teilen in die Länder der Europäischen Union. Wichtigste EU-Abnehmerländer waren - hinter Deutschland - Belgien, Italien, Spanien, Frankreich und die Niederlande. Lesen Sie hier über Brexit-bedingte Absatzpotenziale in elf europäischen Ländern. [...weiterlesen ▶](#)

### **Maschinen: Briten liefern Waren im Wert von 20 Milliarden Euro in die EU**

Im Jahr 2017 lieferte das Vereinigte Königreich Maschinenbauprodukte im Wert von rund 20,2 Milliarden Euro in die Länder der Europäischen Union. Wichtigste Abnehmerstaaten waren dabei Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Irland, Italien und Spanien. Lesen Sie hier über Brexit-bedingte Absatzpotenziale für deutsche Maschinenbauer in elf europäischen Ländern. [...weiterlesen ▶](#)

### **Nahrungsmittel und Getränke: Briten liefern Waren im Wert von rund 15 Milliarden Euro in die EU**

Das Vereinigte Königreich lieferte 2017 rund 14,6 Milliarden Euro an Nahrungsmitteln und Getränken in die Länder der Europäischen Union. Wichtigste EU-Abnehmerländer waren Irland, Frankreich, die Niederlande, Deutschland, Spanien und Belgien. Besonders gefragt waren alkoholische Getränke, Getreideprodukte, Fleischerzeugnisse und Milchprodukte. Lesen Sie hier über Brexit-bedingte neue Absatzchancen in elf europäischen Ländern. [...weiterlesen ▶](#)

### **Elektro/IKT: Briten liefern Waren im Wert von rund 14 Milliarden Euro in die EU**

Das Vereinigte Königreich exportierte 2017 rund 14 Milliarden Euro an Erzeugnissen der IKT- und Elektroindustrie in die Länder der Europäischen Union. Wichtigste EU-Abnehmerländer waren - hinter Deutschland - Irland, Frankreich, die Niederlande, Italien und Spanien. Lesen Sie hier über Brexit-bedingte Absatzpotenziale für deutsche Branchenfirmen in elf europäischen Ländern. [...weiterlesen ▶](#)

## **KONTAKT**

Charlotte Schneider

☎ +49 228 249 93 279

✉ [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.